

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 16.09.2013

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller

Ratsherr Jan Eggermann

Vertreter für Ratsfrau
Ramona Ullrich

Ratsfrau Eveline Haue

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin

Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsfrau Susanne Mewes

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

Ratsherr Hansjürgen Wakup

Vertreter für Ratsherrn
Rüdiger König
Vertreter für Ratsherrn
Oliver Fröhling

Ratsherr Björn Weiß

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

Ratsherr Oliver Petrosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer

Ratsherr Hermann Morisse

Vertreter für Ratsfrau
Kirsten Petereit

von der Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Frau Petra Noack

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Ramona Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Rüdiger König

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

1. Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Vorlage: 103/2013

Ratsherr Haase stellt den Antrag, dass die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern nur für Personen gilt, die mit gesichertem Aufenthaltsstatus hier anwesend sind.

Bürgermeister Dzewas lässt über den Antrag abstimmen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses der Stadt Lüdenscheid lehnen den Antrag mit Stimmmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 16

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Pilotprojekt zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in üblichen Wohn- und Lebensverhältnissen soll nach dem als Anlage beigefügten Konzept durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

2. Änderung der Parkgebührenordnung Vorlage: 097/2013

Ratsherr Adam führt aus, dass die CDU-Fraktion der Abschaffung der Brötchentaste nicht zustimmen werde. Er beantrage daher die gesonderte Abstimmung über den Absatz c) des Punktes Sonstige Änderungen.

Ratsfrau Linnepe teilt mit, dass die Lüdenscheider Liste dem Wegfall der Brötchentaste ebenfalls nicht zustimmen werde. Des Weiteren führt sie aus, dass bei Einführung der Brötchentaste nur von geringen Einnahmenverlusten ausgegangen worden sei. Die Lüdenscheider Liste bezweifele, dass durch die Abschaffung Mehreinnahmen von 40.000 € pro Jahr erzielt werden könnten. Die Verwaltung möge daher in einem Jahr berichten, ob diese Mehreinnahmen durch den Wegfall der Brötchentaste tatsächlich erzielt werden könnten. Darüber hinaus erkundigt sie sich, welche einmaligen Kosten für die erforderliche Umrüstung der Parkscheinautomaten anfallen würden.

Bürgermeister Dzewas sagt zu, dass die Verwaltung die Kosten für die Umprogrammierung der Parkscheinautomaten, sofern diese schon beziffert werden könnten, in der Sitzung des Rates am 30.09.2013 benennen würde.

Ratsherr Holzrichter informiert, dass die Mindereinnahmen von 40.000 € nach Einführung der Brötchentaste durch die LSM GmbH, die durch den WKL e.V. beauftragt worden sei, die Parkraumbewirtschaftung durchzuführen, beziffert worden seien. Weiterhin führt er aus, dass sich die Fraktionen einig seien, dass die Abschaffung der Brötchentaste ärgerlich sei. Zur Einhaltung des Haushaltssicherungskonzeptes sei dieser Schritt aber erforderlich.

Ratsherr Weiß erkundigt sich, warum die Parkscheinautomaten an der Kluser Straße abgebaut werden sollten. Fachbereichsleiter Bärwolf antwortet, dass die Kosten für Wartung und Betrieb der Parkscheinautomaten die nur minimalen Einnahmen erheblich übersteigen würden und daher nachweislich unrentabel seien. Ratsherr Weiß fragt, ob in diesem Bereich nicht geparkt oder nur nicht genügend kontrolliert werde. Bürgermeister Dzewas antwortet, dass sich die CDU-Fraktion bei den Haushaltsplanberatungen für einen verstärkten personellen Konsolidierungsweg ausgesprochen habe. Es stünde nicht genügend Personal zur Verfügung, um permanent Kontrollen durchführen zu können.

Nach zum Teil kontroverser Diskussion, in der unter anderem die Frage aufkommt, ob sich die Kontrollen nicht zu sehr auf den Innenstadtbereich beschränken würden, antwortet Erster Beigeordneter Theissen, dass mit weniger Personal nicht überall kontrolliert werden könne. Es gebe aber immer wieder Schwerpunktbereiche, die dann eine Woche lang intensiv kontrolliert würden. Die Parkgarage Rathaus sowie auch der Kirchheim-Parkplatz liegen sehr nah an den Diensträumen des Überwachungspersonals. Daher könnten diese

Bereiche auf dem Hin- und Rückweg von einem Überwachungsgang regelmäßig kontrolliert werden.

Ratsherr Holzrichter erinnert daran, dass die Parkraumbewirtschaftung seinerzeit nicht als Einnahmequelle für die Stadt Lüdenscheid, sondern zur Förderung des Einzelhandels eingeführt worden sei. Ziel sei gewesen, die Fluktuation auf den Parkplätzen zu ermöglichen. Aus diesem Grund sei es selbstverständlich, dass die Parkplätze im Stadtzentrum stärker kontrolliert werden müssten.

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer spricht sich für eine gleichmäßige Kontrolle in allen Stadtgebieten zur Gleichbehandlung der Bürger/-innen aus. Sie pflichte Ratsherrn Holzrichter aber bei, dass die Kontrollen in der Innenstadt intensiver erfolgen müssten. Sie rege an, in der Kluser Straße Anwohnerparken einzurichten.

Bei der in einem Jahr – auf Wunsch von Ratsfrau Linnepe- vorzulegenden Evaluierung möge die Verwaltung auch berichten, wie viele Knöllchen im Bereich Kluser Straße ausgestellt und davon auch bezahlt worden seien. Ebenfalls sollte über die Erfahrung mit der Parkscheibenregelung berichtet werden.

Bürgermeister Dzewas versichert, dass die Verwaltung sich trotz mangelnder Personal-ressourcen stets bemühe, alle Bürger/-innen gleich zu behandeln. Gegebenenfalls könne das Thema Anwohnerparken im zuständigen Fachausschuss erörtert werden. Bisher habe die Verwaltung nur Anwohnerparkausweise für die Stadtteile ausgestellt, in denen dem Parkdruck nicht ausreichend entgegen gewirkt werden konnte.

Auf die Anregung von Ratsherrn Wakup den Parkplatz Musikschulinnenhof öfter zu kontrollieren, erwidert Bürgermeister Dzewas, dass dieser mindestens zweimal pro Tag kontrolliert werde.

Nach weiterer Aussprache lässt Bürgermeister Dzewas zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, die Brötchentaste beizubehalten, abstimmen:

Die Mitglieder des Hauptausschusses lehnen den Antrag mit Stimmmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 6 |
| Nein-Stimmen: | 11 |

Anschließend empfehlen die Mitglieder des Hauptausschusses mit Stimmmehrheit folgenden

Beschluss:

Die Empfehlungen der Tarifkommission zur Änderung der Parkgebührenordnung werden in Form der als Anlage beigefügten neu gefassten Parkgebührenordnung überwiegend übernommen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 6 |

3. Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 086/2013

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 1

4. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung eines Ausbau- und Abrechnungsabschnittes sowie über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage Krummscheider Weg (zwischen der nördlichen Einmündung Dammessiepen bis zur Einmündung Schulstraße)
Vorlage: 120/2013

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Bildung eines Ausbau- und Abrechnungsabschnittes sowie über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage Krummscheider Weg (zwischen der nördlichen Einmündung Dammessiepen und der Einmündung Schulstraße) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

5. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage „Krummscheider Weg (zwischen der südöstlichen Einmündung Rathmecker Weg und der Einmündung Schulstraße)“
Vorlage: 122/2013

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage Krummenscheider Weg (zwischen der südöstlichen Einmündung Rathmecker Weg und der Einmündung Schulstraße) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**6. Satzung der Stadt Lüdenscheid
über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage
„August-Adamy-Siedlung“
Vorlage: 121/2013**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage August-Adamy-Siedlung wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**7. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der
Erschließungsanlage "Leifringhauser Straße" III. BA von Buschweg bis
Ortsende
Vorlage: 136/2013**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage „Leifringhauser Straße“ III. BA (von Buschweg bis Ortsende) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**8. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln 2013
hier: Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW; Rathaustunnel
Vorlage: 149/2013**

Technische Beigeordnete Ziemann trägt den aktuellen Sachstand zur Sanierung des Rathaustunnels vor. Bisher habe für den 40 Jahre alten Tunnel Bestandsschutz gegolten und die betriebstechnische Anlage des Bauwerks sei alle drei Jahre überprüft worden. Aufgrund des jetzigen Ausfalls der Leuchtenschiene, die ein wesentlicher Bestandteil der betriebstechnischen Anlage sei, fänden nun die aktuellen Richtlinien für die Anlage und

Betrieb von Straßentunneln Anwendung. Aus diesem Grund wäre Anfang Juni zunächst ein umfassendes Gutachten zur weiteren Nutzung der einzelnen Bestandteile der betriebstechnischen Anlage in Auftrag gegeben worden. Ebenfalls sei die für nächstes Jahr anstehende Bauwerksprüfung vorgezogen worden. Die Prüfung habe ergeben, dass sich das Bauwerk in einem noch guten Zustand befinde. Die technische Anlage müsse komplett erneuert werden. So müsste zum Beispiel die komplette Stromzuführung zu den Leuchten aufgrund der Feuerschutzstandards ausgetauscht werden. Sie weise darauf hin, dass noch keine genaue Kostenschätzung vorliege. Bisher gebe es nur eine Mängelanalyse, anhand der die Kosten aufgrund von Erfahrungswerten geschätzt worden seien. Nun müsse zunächst eine Planung beauftragt werden. Des Weiteren müssten noch Fragen mit der Feuerwehr bezüglich Löschwasserversorgung und -entsorgung geklärt werden. In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschuss am 11.09.2013 habe sie noch vorgetragen, dass nach Bewilligung der Dringlichkeitsentscheidung schnellstens ein Planungsauftrag vergeben würde. Leider habe sich herausgestellt, dass die Planungsaufträge nicht in einzelne Leistungsphasen aufgeteilt werden könnten, so dass nun eine EU-weite Ausschreibung erforderlich sei. Parallel würde die Verwaltung mit der Bezirksregierung Arnsberg klären, ob Fördermöglichkeiten gegeben seien. Gegebenenfalls könnten im Nachgang noch Fördermittel fließen. Sie ginge davon aus, dass der von ihr für November zugesagte Bericht aufgrund der EU-weiten Ausschreibung nicht mehr haltbar sei.

Ratsfrau Mewes erkundigt sich – auch im Namen von Ratsherrn Wilde, ob untersucht worden sei, ob die Armierung des Betons ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Die Frage stelle sich, da der darüberliegende Bau aus der gleichen Zeit diese Mängel aufweise. Technische Beigeordnete Ziemann sagt zu, dass die zuständigen Kollegen sich diesbezüglich mit Ratsherrn Wilde in Verbindung setzen werden.

Ratsherr Bodenheimer fragt, welche Zusatzkosten in etwa anfallen würden, wenn der Ratshaustunnel während der Sanierung nur teilweise gesperrt bliebe.

Ratsherr Voß erkundigt sich, ob die Planungskosten noch zusätzlich anfallen würden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Adam teilt Bürgermeister Dzewas mit, dass eine Aussage bis wann die Sanierung abgeschlossen sei zum heutigen Zeitpunkt nicht getroffen werden könne.

Technische Beigeordnete Ziemann antwortet auf die Frage von Ratsherrn Bodenheimer, dass auch STL nicht von einer Vollsperrung ausgegangen sei. Dies stehe zwar in dem Gutachten, es mache aber zurzeit keinen Sinn, diese Annahme planerisch zu hinterfragen. Dieses müsse im Rahmen der Planungen erarbeitet werden. Bestandteil des Planungsauftrages müsse sein, welche Sofortmaßnahmen und temporären Maßnahmen ergriffen werden müssten, um den Betrieb in einer Tunnelröhre aufrecht erhalten zu können. Zu den Kosten könne sie daher momentan keine Aussage machen. Zu der Frage von Ratsherrn Voß könne sie sagen, dass die heute zu beschließende Dringlichkeitsentscheidung die Verwaltung erst in Handlungsfähigkeit versetze. Zurzeit gäbe es Kostenrisiken in der Frage der Baudurchführung, der zu ergreifenden Sofortmaßnahmen, der einzusetzenden Lampentechnik und der Löschwasserversorgung /-entsorgung. Sobald die Planungen vorliegen würden, könnten auch konkretere Kosten benannt werden.

Anschließend fassen die Mitglieder des Hauptausschusses einstimmig folgenden

Beschluss:

Gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ergeht folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Für die Erneuerung der Beleuchtung, Lüftung und sonstigen Technik im Rathaustunnel werden bei E 12010413 – 7852040 – Erneuerung Technik Rathaustunnel – 1,2 Mio. € außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bzw. Mehreinzahlungen bei den folgenden Konten:

| | | |
|-----------------------|--------------------|------------------|
| D 12010402 - 7852020 | Straßenbeleuchtung | 400.000 € |
| A 12010412 - 7852000 | Altenaer Straße | 200.000 € |
| | Verkauf von | |
| 010 100 020 - 6821000 | Grundstücken | 600.000 € |
| | | <u>1.200.000</u> |
| | | € |

Für die bauliche Instandhaltung des Rathaustunnels werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 150.000 € bei 120 010 040 – 5242100/7242100 – Bauliche Instandhaltung Rathaustunnel – bereitgestellt. Deckungsmittel stehen bei den folgenden Konten zur Verfügung:

| | | |
|-----------------|--------------------|------------------|
| 160 010 010 – | | |
| 5517000/7517000 | Zinsen für Kredite | 110.000 € |
| 160 010 010 – | Krankenhausumlage | |
| 5391000/7391000 | e | 20.000 € |
| 160 010 010 – | | |
| 4562100/6562100 | Stundungszinsen | 20.000 € |
| | | <u>150.000 €</u> |

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

9. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln 2013 hier: Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW; Fahrbahndeckenreparaturen 2013 Vorlage: 144/2013

Ratsherr Voß erkundigt sich, nach welchen Kriterien die Straßen ausgewählt worden seien. Die Winkhauser Straße sei aus seiner Sicht nicht so marode, dass sie unbedingt in 2013 saniert werden müsse. Der Kreuzungsbereich Leifringhauser Straße/Plathehofstraße/Versestraße sei in einem wesentlich schlechteren Zustand. Er habe STL vor den Sommerferien hierüber informiert und möchte wissen, wann in diesem Bereich Reparaturen durchgeführt werden.

Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass er zu den Reparaturarbeiten im Kreuzungsbereich Leifringhauser Straße/Plathehofstraße/Versestraße keine Aussage treffen könne.

Hierüber müsse man sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das nächste Jahr beraten. Bei den ausgewählten Straßen handele es sich um solche, die der Schadensklasse 5 zugeordnet seien. Bei der Bilanzierung des Vermögens der Stadt Lüdenscheid seien die Straßen nach bestimmten Kategorien aufgestellt worden. Die beschlossenen Rückstellungen für unterlassene Straßenunterhaltungen dürfen nur bis zur Schadensklasse 4 verwendet

werden. Es liege eine Prioritätenliste vor. Die Straßen seien nach der verkehrlichen Bedeutung, dem Zustand und der Verkehrssicherheit ausgewählt worden.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ergeht folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Für die als Anlage beigefügten Maßnahmen werden bei 120 010 040 – 5221600/7221600 – Fahrbahndeckenreparaturen – außerplanmäßige Mittel in Höhe von 233.550 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei 160 010 010 – 5517000/7517000 – Zinsen für Kredite.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

10. Berichtswesen: Bericht über den Projektstatus 'Denkfabrik' Vorlage: 126/2013

Fachbereichsleiter Bärwolf berichtet, dass heute die abschließende Preisgerichtssitzung des Ideenwettbewerbs für das Polymer Training Center stattgefunden habe. Die Ergebnisse würden zunächst dem Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt in der Sitzung am 25.09.2013 vorgestellt.

Ratsherr Adam lobt die gute Öffentlichkeitsarbeit. Die Gestaltung der aktuellen Denkfabrik-Zeitung halte er für gelungen. Ebenfalls halte er die Verteilung über die Tageszeitung für eine gute Idee.

Anschließend nimmt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid den Bericht über den Projektstatus ‚Denkfabrik‘ zur Kenntnis.

11. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

11.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

11.2. Beantwortung von Anfragen

11.2.1. Japanischer Staudenknöterich auf der Grünfläche Ecke Kölner Straße /Sauerfelder Straße

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Haase in der öffentlichen Sitzung des Rates vom 08.07.2013 ist vor der Sitzung an die stellvertretenden Bürgermeisterinnen, die Fraktionsvorsitzenden und Ratsherrn Haase verteilt worden.

Ratsherr Haase verzichtet auf eine mündliche Beantwortung der Anfrage. Er stellt fest, dass er der Beantwortung entnehmen würde, dass sich an der Situation aufgrund der Haushaltslage in den nächsten Jahren nichts ändern würde.

11.3. Anfragen

11.3.1. Zuwegung zum Nattenberg-Stadion

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Frau Meyer berichtet, dass die Zuwegung zum Nattenberg-Stadion, das aufgrund von Sportveranstaltungen öfter im Mittelpunkt stehe, keine Visitenkarte für die auswärtigen Besucherinnen und Besucher sei. Sie fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, zumindest die größten Schlaglöcher zu beseitigen.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

11.3.2. Straßenbeleuchtung am Vogelberg

Ratsfrau Haue berichtet, dass das Neubaugebiet am Vogelberg immer größer geworden sei und die vorhandene Straßenbeleuchtung nicht mehr ausreichend sei. Die Kinder würden auf ihrem Schulweg auf der Straße im Dunkeln nicht gesehen. Sie frage an, ob für dieses Jahr noch Mittel für eine zusätzliche Straßenbeleuchtung bereitgestellt werden könnten.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung nach Möglichkeit schon bis zur Ratssitzung am 30.09.2013 zu.

11.3.3. Veranstaltung des Stadtjugendrings

Ratsherr Haase fragt an, warum er als Wahlkreiskandidat nicht zu der heute im Bürgerforum stattfindenden Veranstaltung des Stadtjugendrings mit den Bundestags-Wahlkreiskandidaten eingeladen worden sei.

Bürgermeister Dzewas antwortet, dass der Stadtjugendring Veranstalter sei und dieser selbst entscheiden würde, wen er zu seinen Veranstaltungen einlädt.

gez. Dieter Dzewas
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin